

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAQISTRAT DER STADT WIEN. MAQISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Mittwoch, 19. Dezember 1962

Blatt 2910

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus:

Das Wiener "Handelsministerium."

=====

19. Dezember (RK) Am heutigen zehnten Tag der Budgetberatungen im Wiener Rathaus wurde die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, behandelt. Der Referent, Stadtrat Bauer, führte aus:

"Die Ansätze meiner Verwaltungsgruppe weichen im Voranschlagsentwurf zum Budget 1963 der Stadt Wien sowohl in den Ausgaben als auch in den Einnahmen nur ganz unwesentlich von den Ansätzen des Jahres 1962 ab.

Die erwarteten Einnahmen wurden auf 84,776.100 Schilling geschätzt. Die Ausgaben für 1963 wurden mit 160,111.800 Schilling angenommen, was eine Erhöhung um 1,134.500 Schilling gegenüber dem Vorjahr ergibt. Die Einnahmenseite weist ebenfalls eine Steigerung gegenüber dem Voranschlag 1962 von 2,613.000 Schilling auf.

Der Gesamtabgang hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,547.500 Schilling auf 75,335.700 Schilling erhöht.

Beschaffungsamt

Das Beschaffungsamt, die Magistratsabteilung 54, weist in den Ansätzen wohl einen Gebarungsabgang von 385.000 Schilling aus, wobei zu erwähnen ist, daß es sich bei dieser Magistrats-

./.

abteilung um einen betriebsmäßig geführten Verwaltungszweig handelt.

Dem Beschaffungsamt sind noch angeschlossen das Zentrallager, das Brennstoffhauptlager, der Druckereibetrieb und die städtische Bäckerei. Die städtische Bäckerei wird ebenfalls betriebsmäßig verrechnet.

Mit 200 Bediensteten, die bei der Magistratsabteilung 54 beschäftigt sind, werden 5.600 Verbrauchsstellen beliefert. Um allen Anforderungen der Bedarfsstellen gerecht zu werden, verfügt die Magistratsabteilung 54 über einen Betriebskredit von 12 Millionen Schilling. Mit diesem Betrag können in durchlaufender Rechnung alle Anschaffungen von Lagerwaren, Rohstoffen und Halbfabrikaten durchgeführt werden. Die Lagerwarenhaltung selbst wurde auf das Notwendigste beschränkt, um nicht zu viele Mittel der Gemeinde zu binden.

Eine kurze Zusammenfassung über die durchgeführten Bestellungen bzw. Lieferungen in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober ergibt, daß an Lebensmitteln 5.773 Bestellungen mit einem Gesamtaufwand von 18,250.000 Schilling durchgeführt werden konnten. Für Textilien und Leder wurden 23,500.000 Schilling ausgegeben, wobei zu bemerken ist, daß für das Theater an der Wien 1,600.000 Schilling für Vorhänge und Möbelstoffe, Teppiche und für den Bodenbelag aufgewendet wurden. Der Ankauf für Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren, Bereifung und Transporte betrug 21,100.000 Schilling. Für Papier und Kanzleimaterial, Bücher und Zeitschriften, Büromaschinen, Druckaufträge und Buchbinderarbeiten mußten 18,000.000 Schilling aufgewendet werden.

Die Brennstoffbeschaffung erforderte einen Betrag von 46,5 Millionen Schilling. Es ist besonders erfreulich, daß es gelungen ist, den Verbrauch an inländischen Brennstoffen zu steigern. Von 75.690 Tonnen Brennstoffen wurden 12.488 Tonnen inländische Kohle, 6.199 Tonnen Auslandskohle, 28.883 Tonnen Wiener Gaskoks, 222 Tonnen Brennholz, 201 Tonnen Unterzünder und 27.697 Tonnen Heizöl an die Verbrauchsstellen geliefert.

Der Gesamtaufwand für Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände betrug bis 31. Oktober 20,375.000 Schilling. Im gleichen Zeitraum wurden durch den Verkauf von Altmaterial und ausgedienten Sachgütern 2,540.000 Schilling eingenommen.

Bis jetzt wurden durch das im Bau befindliche Ausflugsrestaurant Bellevue für 680.000 Schilling Einrichtungsgegenstände bestellt. Auch für das Theater an der Wien betragen die Ausgaben für Einrichtungsgegenstände und Tapeziererarbeiten 1,040.000 Schilling. Ebenso wurden beträchtliche Mittel für die Einrichtung neuer Schulbauten, für die Beschaffung von Lehrmitteln und Lehrbüchern aufgewendet. Der Gesamtbetrag betrug für diese Zwecke 13 Millionen Schilling.

Wenn ich auch noch auf die städtische Bäckerei hinweise, so darf ich mit Genugtuung feststellen, daß die schon im Jahre 1950 begonnene und im Jahre 1959 forcierte Umgestaltung der städtischen Bäckerei im wesentlichen abgeschlossen ist. Gegenüber dem Jahre 1958 konnte eine Personaleinsparung von sieben Arbeitskräften erzielt werden. Dazu kommt, daß sich in diesem Zeitraum die Produktion bzw. der Absatz von Backwaren um etwa 19 Prozent erhöht hat und die wöchentliche Arbeitszeit von 47 1/2 Stunden auf 41 Stunden, das ist um fast 14 Prozent, herabgesetzt wurde.

Bis zum 31. Oktober wurden in der städtischen Bäckerei 1,138.260 Kilogramm Brot, 263.600 Kilogramm Gebäck und 55.960 Kilogramm Mehlspeisen erzeugt. Die Einnahmen der Bäckerei beliefen sich bis zu diesem Zeitpunkt auf 8,033.378 Schilling.

Liegenschaftsverwaltung

Die Liegenschaftsverwaltung, die Magistratsabteilung 57, wird voraussichtlich 6,430.000 Schilling Einnahmen haben, wobei die Pachtzinse mit 4,652.000 Schilling, die Schankpacht, Mieten, Anerkennungs- und Bauzinse mit 1,627.000 Schilling angenommen wurden. Die Schankpachtzinse sind überall auf Umsatzprozente abgestellt. Die Einhebung der Baurechtszinse, besonders wenn es sich um alte Verträge handelt, wird deshalb immer schwieriger, weil sich die Baurechtsnehmer auf das Gesetz aus dem Jahre 1912 berufen. Nach diesem Gesetz können nämlich Baurechtszinse nicht erhöht werden. Es ist vollkommen in Ordnung, daß der Baurechts-

nehmer geschützt werden muß, denn wo käme man hin, wenn der Baurechtsgeber willkürlich die Baurechtszinse erhöhen könnte.

Aber es müßte doch von Gesetzgeber ein Weg gefunden werden, um hier einen gerechten Ausgleich zu finden, wenn nämlich die Baurechtszinse in keinem Einklang zu den tatsächlichen Verhältnissen stehen.

Ich glaube wohl auch darauf hinweisen zu müssen, wie schwierig es ist, Grundstücke, die in Pacht gegeben wurden, für Zwecke der Gemeinde Wien freizumachen. Es ist daher verständlich, daß nur in ganz wenigen Fällen Neuverpachtungen von Grundstücken erfolgen. Große Schwierigkeiten ergeben sich immer dann, wenn es sich um landwirtschaftlich genutzte Grundstücke handelt. Die Reichspachtschutzordnung für Landwirtschaftsbetriebe besteht noch immer und das Pachtamt gibt den Pächtern oft sehr lange Räumungsfristen, bzw. es wird der Pachtvertrag langfristig verlängert, wenn durch den Verpächter eine Kündigung erfolgt. Es wäre daher meiner Meinung nach zweckmäßig, landwirtschaftliche Schutzgebiete zu schaffen, weil besonders auf Pachtgründen Investitionen durch Errichtung von Glashäusern und dergleichen mehr fast nicht mehr durchgeführt werden können. Hier sind besonders die Wiener Gärtner, die auf Pachtgründen ihren Betrieb abwickeln müssen, schwer betroffen.

Erst kürzlich haben Mitglieder des Gemeinderatsausschusses X Gelegenheit gehabt, Gärtnereibetriebe zu besichtigen und konnten sich davon überzeugen, wie schwierig es ist, auf Pachtgründen Investitionen vorzunehmen. Wenn die Wiener Gärtner die Stadt Wien auch weiterhin oder sogar noch mehr wie bisher mit billigem Frischgemüse versorgen sollen, muß ihnen auch jene Existenzsicherheit gegeben werden, die es ihnen ermöglicht, so zu wirtschaften, daß sie mit den Auslandsprodukten konkurrenzfähig sind.

Das Liegenschaftsamt verwaltet in Wien, Stichtag 31. Dezember 1961, 1.767.290,63 Ar, außerhalb Wiens 2.080.701,63 Ar. 67.907,68 Ar waren in Wien in Mitbesitz. Außerhalb Wiens sind 4.482 Ar in Mitbesitz. Die Vereinigte Wiener Fürsorgestiftung besitzt 4,93 Ar.

1962 wurden bis 15. November 4.671.864,69 Quadratmeter Grundflächen in Wien erworben, wobei außerdem noch 88.534 Quadrat-

meter von Mitbesitzern angekauft wurden. Außerhalb Wiens wurden 2,429.464 Quadratmeter angekauft. In Wien wurden 189.679,91 Quadratmeter verkauft, bzw. in das Sondervermögen der Stadtwerke übertragen. Außerhalb Wiens wurden 399.597 Quadratmeter verkauft. Vom Mitbesitz wurden 43.988,65 Quadratmeter abgegeben. Diese Transaktionen inbegriffen betrug der Grundbesitz der Stadt Wien am 15. November 1962 in Wien Alleinbesitz 1,812.112,48 Ar, außerhalb Wiens 2,101.000,30 Ar, in Mitbesitz in Wien 68.775,34 Ar, außerhalb Wiens 4.482,- Ar, in Besitz der Vereinigten Wiener Fürsorgestiftung in Wien 4,93 Ar.

Die Magistratsabteilung 57 verwaltet derzeit 26 Konzessionen, von denen 22 im Betrieb und vier Berechtigungen im Nichtbetrieb sind.

Die Bauarbeiten in der Meierei Cobenzl wurden bis auf kleine Fertigungsarbeiten, die wegen der Witterung nicht durchgeführt werden konnten, beendet.

In der Gastwirtschaft im Schweizer Garten wurden die durch Kriegseinwirkung unbrauchbar gewordene Dachterrasse erneuert und die sanitären Anlagen in jenen Zustand versetzt, der der heutigen Zeit entspricht.

Die im Jahre 1961 begonnene Generalinstandsetzung und der sich als notwendig erwiesene Umbau des Kursalons wurden fortgesetzt. Da die Instandsetzungs-, bzw. Umbauarbeiten im ganzen Gebäude durchgeführt werden, ist der Kursalon im heurigen Jahr gesperrt, doch konnte der Pächter in dem neben dem Hauptgebäude gelegenen sogenannten Wein- und Biergartl den Betrieb im Juni 1962 wieder aufnehmen. Mit der Fertigstellung ist im Laufe des Jahres 1963 zu rechnen.

Bezüglich des Schlosses Cobenzl ist noch keine Entscheidung getroffen worden.

Das Ausflugsrestaurant "Bellevue" dürfte im nächsten Jahre eröffnet werden.

Die Magistratsabteilung 58 hat innerhalb der Verwaltungsgruppe X ganz besondere Aufgaben zu erfüllen. Die rechtlichen Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schifffahrtswesens nehmen immer größeren Umfang an. Besonders das Marktwesen war es, das im heurigen Jahr dieser

Abteilung große Arbeit gemacht hat.

Ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, mit welchem einzelne Bestimmungen der Allgemeinen Marktordnung für die Stadt Wien aufgehoben wurden, war der Anlaß, daß nach eingehenden Beratungen mit allen beteiligten Interessenvertretungen am 18. Mai eine neue Marktordnung für die Stadt Wien beschlossen und am gleichen Tage vom Landeshauptmann genehmigt wurde. In dieser Marktordnung sind nunmehr sämtliche Wiener Marktveranstaltungen mit Ausnahme der Viehmärkte - diese fallen in die Kompetenz des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft - geregelt.

Nach Ansicht weiter Kreise der Bevölkerung hat die im Wiener Tierschutzgesetz für Tierquälereien vorgesehene Höchststrafe - 3.000 Schilling Geldstrafe, 6 Wochen Arrest - nicht ausgereicht, um Rohlinge von Tiermißhandlungen abzuschrecken. Es wurde daher über Antrag der ÖVP-Gemeinderäte durch die Novelle vom 22. Juni 1962 das zulässige Höchstausmaß der Geldstrafe für Tierquälerei auf 30.000 Schilling erhöht, eine Maßnahme, die dem Schutz der Tiere dient und in der Öffentlichkeit allgemeinen Beifall fand.

884 Motorboote in Wien

Der Ordnung und Vollständigkeit halber habe ich dem Gemeinderat zu berichten, daß derzeit 884 Motorboote ihren Standort in Wien haben. 102 dieser Boote stehen in Verwendung des öffentlichen Dienstes. Also auch auf dem Wasser nimmt der Verkehr von Jahr zu Jahr zu.

Die Wiener Märkte

Das Marktamt umfaßt einschließlich der Zentralstelle 23 Dienststellen.

Im Wochendurchschnitt wurden im Jahre 1961 auf dem Zentralviehmarkt 1.189 Stück Rinder, 7.698 Stück Schweine, 40 Stück Kälber und 346 Pferde umgesetzt;

in der Fleischmarkthalle 678.100 Kilogramm Fleisch und Fleischwaren;

auf den Obst- und Gemüsegroßmärkten 1.116.600 Kilogramm Obst, 1.414.200 Kilogramm Gemüse, 505.100 Kilogramm Südfrüchte, 852.300

Kilogramm Erdäpfel, 154.000 Kilogramm Zwiebeln und Knoblauch und 7.500 Kilogramm Pilze;

auf dem Zentralfischmarkt 13.500 Kilogramm Süßwasserfische, 91.400 Kilogramm Seefische und 52.700 Kilogramm Industriefische.

Auf dem Gebiet des Ausbaues der Wiener Märkte ist ein besonders erwähnenswertes Vorhaben der Umbau des in der Brigittenau gelegenen Hannovermarktes, der in vier Bauabschnitten durchgeführt werden soll. Die Umgestaltung trägt nicht nur weitgehend modernen Gesichtspunkten bei der Marktgestaltung Rechnung, wie Schutz gegen Staub, Regen, Schnee und Temperaturextreme, sondern auch der erhöhten wirtschaftlichen Bedeutung an Brennpunkten der Bevölkerungskonzentration, wie im vorliegenden Fall durch den Bau mehrerer großer Wohnhausanlagen und den dadurch zu erwartenden Käuferzustrom.

Die Tätigkeit des Marktamtes hat - wie allgemein in der Öffentlichkeit vielleicht nicht bekannt sein dürfte - auch in der Preisbeobachtung und Preisberichterstattung eine ganz wesentliche Aufgabe, der im steigenden Maße besonders in den letzten Jahren eine immer größer werdende Bedeutung zukommt. Nach Wegfall der amtlichen Preisregelung mußte auf eine einwandfreie und richtige Preisnotierung, die jederzeit über die geltenden Preise wichtiger Lebensmittel und Verbrauchsgüter Auskunft geben kann, besonderer Wert gelegt werden. So werden zum Beispiel die Preise für sämtliche Fleisch- und Wurstsorten wöchentlich in zirka zehn Prozent aller Wiener Fleischerbetriebe erhoben. Diese kurze Schilderung soll zeigen, daß das Marktamt im Rahmen seiner Aufgaben bestrebt ist, in jeder Hinsicht ein wirklich objektives Bild der jeweiligen Wochenpreissituation auf dem Lebensmittelsektor zu erstellen.

Auf dem Obst- und Gemüsesektor war im laufenden Jahr infolge der etwas verspätet eisetzenen Ernte eine ziemlich angespannte Preissituation festzustellen, der über Weisung des Bundesministeriums für Inneres durch eingehende und umfangreiche Überprüfungen der vom Groß- und Kleinhandel in Anspruch genommenen Handelsspannen begegnet wurde. Das Marktamt führt in diesem Zusammenhang seit dem 30. Juli laufend Überprüfungen durch.

Die vom Marktamt in den letzten Jahren sehr erfolgreich durchgeführte Weinkontrolle wurde auf breitester Basis fortgesetzt. Dabei werden im Laboratorium des Amtes unter Mitwirkung eines Experten der Bundesanstalt für Lebensmitteluntersuchung Voruntersuchungen durchgeführt. Verdächtige Weine werden auf Grund dieser Voruntersuchungen der Begutachtung durch die Sachverständigenkostkommission an der genannten Anstalt bzw. der chemischen Untersuchung zugeführt. Weiter wird durch Bekanntgabe der Weingroßhandels- und Erzeugerbetriebe außerhalb Wiens, die als Vorlieferanten eines beanstandeten Weines festgestellt werden, dem Bundeskellerei-Inspektorat in diesem Zusammenhang Mitteilung gemacht.

Importe von Lebensmitteln werden nach Verständigung durch die Zollbehörden noch vor dem Verkauf stichprobenweise auf ihre entsprechende Beschaffenheit überprüft. Der Tätigkeitsbereich der Importkontrollen soll noch ausgebaut werden.

Was den lebensmittelpolizeilichen Sektor betrifft, kann zusammenfassend festgestellt werden, daß, trotz dem Bestreben der Marktamtsorgane, nicht nur Anzeiger, sondern auch Berater zu sein, im vergangenen Jahre immerhin noch 713 Anzeigen an Gerichte und Verwaltungsbehörden erstattet werden mußten.

Neben diesen Anzeigen erfolgten in Ausübung der Gewerbe- polizei 2.191 und anläßlich der eichpolizeilichen Revisionen 1.035 Anzeigen. Wegen Zuwiderhandlungen gegen preis- und markt- polizeiliche Vorschriften sowie gegen andere wirtschaftliche und sonstige Bestimmungen wurden insgesamt 2.012 Anzeigen er- stattet.

Weiter wurden im Zuge der Lebensmittelkontrolle im abge- laufenen Jahr insgesamt 229.318 Kilogramm, und zwar 217.957 Kilogramm vegetabilische, 7.292 Kilogramm animalische und 4.069 Kilogramm sonstige Lebensmittel aus dem Verkehr gezogen. Ein erheblicher Teil dieser Waren konnte nach entsprechender Behandlung für eine wirtschaftliche oder anderweitige Verwendung wieder zugelassen werden, wie zum Beispiel für Tierfütterungs- zwecke.

Das Projekt der Errichtung eines Zentralgroßmarktes wird infolge der prekären Verkehrssituation des Naschmarktes und der gebieterisch erhobenen Forderung nach Schaffung einer geeigneten Westeinfahrt bis zum Karlsplatz immer dringlicher. Zur Errichtung des Wiener Zentralgroßmarktes wurde eine besondere Planungskommission gegründet. Bei Planung dieses Projektes sind neben der Platzfrage in verkehrsmäßiger wie baulicher Hinsicht auch die künftige Entwicklung und die Erfordernisse des Großmarktes sowie die Kostenfrage insbesondere zu berücksichtigen.

Der Neubau des Vorgartenmarktes im 2. Bezirk auf dem hierfür vorgesehenen Gelände des Reservegartens ist nunmehr schon soweit vorgeschritten, daß mit der Inbetriebnahme des Marktes in der neuerbauten Marktanlage mit Anfang des Jahres 1963 gerechnet werden kann. Die Marktstände sind beiderseits zweier Einkaufstraßen angeordnet, wobei an den beiden Längsseiten des Marktes je eine Lieferstraße vorgesehen ist. Die Marktstände sind größer als die bisherigen und werden Vordächer aus lichtdurchlässigem Material als Wetterschutz erhalten. Besonders Beachtung genommen wurde bei der Planung auf breite Marktwege, Parkmöglichkeiten und geräumige Lieferstraßen, die den Marktverkehr nicht stören und eine gute Einbindung in das bestehende Verkehrsnetz aufweisen sollen. Es ist zu hoffen, daß der Markt, der allerdings von der belebten Vorgartenstraße in stillere Seitengassen verlegt wird, im Hinblick auf die durch den Neubau sich ergebenden Verbesserungen in markttechnischer Hinsicht auf dem neuen Platz in seinem Zuspruch keine Einbuße erleiden und seinen Zweck voll erfüllen wird.

Ferner muß die veraltete Marktanlage des Hannovermarktes im 20. Bezirk in einem stufenweisen Umbau auf der gleichen bisherigen Marktfläche unter voller Aufrechterhaltung des Marktbetriebes neu errichtet werden, um so diesen gutgehenden Markt in neuer Form und in Anpassung an die in unmittelbarer Nachbarschaft entstandenen modernen Wohnblocks wiedererstehen zu lassen.

Das Veterinäramt

Das Veterinäramt verwaltet die Wiener Schlachthöfe. Der Rinderschlachthof ist 110 Jahre, der Auslandsschlachthof über 40 Jahre und der Schweineschlachthof 50 Jahre alt. Der Schweineschlachthof wurde jedoch nach den Kriegszerstörungen wieder neu aufgebaut. Es ist verständlich, daß so alte Anlagen immer wieder große Summen verschlingen, damit sie halbwegs in Stand gehalten werden können. Die seit einiger Zeit eingesetzte Planungskommission für den Zentralgroßmarkt muß sich daher überlegen, wie ohne zu große Inanspruchnahme von zusätzlichen Grundflächen das Auslangen zur Errichtung sowohl des Gemüse- und Obst-, vielleicht auch des Blumengroßmarktes gefunden werden kann. Darüber hinaus müssen auch Viehmärkte und Schlachthöfe, um sie den Erfordernissen der Zeit entsprechend anzupassen, neu gestalten werden. Über diese Planungen wird ja der Gemeinderat nach deren Fertigstellung den endgültigen Beschluß bezüglich deren Durchführung zu fassen haben. In der Betriebsführung der Schlachthöfe darf keine Unterbrechung eintreten.

Um einen Einblick über den Umfang der Schlachtungen in St. Marx zu geben, einige Ziffern des Jahres 1961: So wurden in diesem Jahr 22.846 Pferde, 68.157 Rinder, 2.872 Kälber, 474.967 Schweine und 1.043 Schafe geschlachtet.

Die Tätigkeit der Tierärzte beschränkt sich nicht nur auf die Anlagen in St. Marx. In den Wiener Bezirken und in der Großmarkthalle werden auch Fleisch und Fleischwaren zur Überbeschau angemeldet. Diese Arbeit kann nur durch Tierärzte durchgeführt werden, eine Arbeit, die große Verantwortung birgt. Im Jahresdurchschnitt werden etwa 45 Millionen Kilogramm Fleisch und 3 Millionen Kilogramm Fleischwaren der Überbeschau unterzogen. Daß darüber hinaus unsere Tierärzte auch zu wichtigen veterinärpolizeilichen Überwachungen herangezogen werden, ist selbstverständlich, obwohl die stoßweise anfallende Arbeit ein sehr kompliziertes Aushilfssystem notwendig macht.

Im Interesse der Allgemeinheit

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage, die sich durch ein hohes Maß an Stabilität, durch eine gesicherte Währung, durch einen weithin sicht-

baren Wohlstand auszeichnet. Gerade die Tätigkeit in meiner Geschäftsgruppe, die sich hauptsächlich mit materiellen Dingen zu beschäftigen hat, gibt Einblick in die wirtschaftliche Situation nicht nur kleiner, sondern auch sehr großer Betriebe. Trotz der guten Konjunktur gibt es noch immer Stiefkinder derselben. Nicht jeder kann aus dem vollen schöpfen und die gelegentlich von bestimmten Boulevardzeitungen so sehr in den Vordergrund gerückten Angehörigen der "Jeunesse doree" sind eher Ausnahmen, denn die Regel. Hier aber scheinen doch oft sehr bewußt gewisse Begehrlichkeiten geweckt zu werden, die beim "Kleinen Mann" zur Frage führen, warum er nicht besser leben kann. Darauf gibt es nur die Antwort, daß das ehrlich erworbene anständige Einkommen vernünftig angelegt werden muß. Ein gewisses, ausschließlich von der Vernunft diktiertes Maßhalten, wie das vor allem auch unsere Handels- und Gewerbetreibenden an den Tag legen, ist jedenfalls volkswirtschaftlich gesehen weit wichtiger als lautstark vorgebrachte Forderungen. Einer dieser Auswüchse - ich habe das von dieser Stelle aus schon einmal gesagt - ist es zum Beispiel, anstatt von erstklassigem und billigem inländischen Obst ausgerechnet teure ausländische Ware zu kaufen, eine Bemerkung, die freilich nicht so ausgelegt werden darf, als ob ich grundsätzlich gegen den Kauf ausländischer Produkte wäre.

Lassen Sie mich bitte mit dem Hinweis fortsetzen, daß meine Geschäftsgruppe bemüht ist, den Interessen der Allgemeinheit, also der Produzenten, des Handels und vor allem auch der Konsumenten, zu dienen. Daß ihr dies im vergangenen Jahr weitgehend gelang, ist ein Erfolg, der nicht gering eingeschätzt werden darf. Es gab heuer niemals irgendwelche Versorgungsengpässe, wie diese in anderen, uns benachbarten östlichen Ländern auftraten. Das allein beweist schon der Vorteil einer Wirtschaftsform, in der nicht der Dirigismus regiert, sondern noch immer die so oft geschmähte Privatinitiative herrscht. Nicht Interventionismus und Reglementierung, sondern Ordnung und Unterstützung der freien Wirtschaftsformen, die harmonisch zum Besten der Allgemeinheit zusammenwirken sollen, ist das Gebot unserer Zeit. Das sind auch die Gesichtspunkte, nach denen ich meine Geschäftsgruppe zu führen bemüht bin.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Jugendliche Gratulanten bei Bürgermeister Jonas
=====

19. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas empfing heute früh in seinem Arbeitszimmer eine Abordnung der Wiener Berufsschulen, die ihm zu den bevorstehenden Feiertagen die Glückwünsche des Lehrkörpers und der Schüler überbrachte. Wie alle Jahre überraschten die Berufsschüler den Bürgermeister mit Geschenken, die sie in ihren Lehrwerkstätten hergestellt hatten. Diesmal war es eine Grußadresse der Buchdrucker, ein Bleiglasfenster mit der Gestalt des Walter von der Vogelweide und ein komplettes Kinderfahrrad von den Fahrzeugmechanikern.

Bürgermeister Jonas dankte Landesschulinspektor Regierungsrat Ing. Hermann, dem Schulgemeindereferenten Dkfm. Appelt sowie den Vertretern der Berufsschüler für die Glückwünsche und die schönen Weihnachtsgeschenke. Er bat die Abordnung, dem Lehrkörper und den Schülern seine Weihnachtsgrüße sowie die besten Wünsche für das kommende Jahr zu übermitteln.

- - -

Wiener Stadtwerke bieten sichere Stellung!
=====

19. Dezember (RK) Die Wiener Stadtwerke suchen für die Elektrizitätswerke (9, Mariannengasse 4, Telefon 42 35 35, Klappe 483) Diplomingenieure und Mittelschultechniker der Fachrichtung Starkstromtechnik sowie Elektriker und Hilfsarbeiter; für die Gaswerke (8, Josefstädter Straße 10, Telefon 42 16 16, Klappe 135) Diplomingenieure Fachrichtung Maschinenbau und Mittelschultechniker der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik sowie Facharbeiter und Hilfsarbeiter; für die Verkehrsbetriebe (4, Favoritenstraße 9-11, Telefon 65 36 91, Klappe 478) Diplomingenieure und Mittelschultechniker der Fachrichtungen Elektrotechnik, Maschinenbau und Tiefbau (Verkehrswesen) sowie Männer für den Fahr-, Werkstätten und Baudienst und Frauen als Schaffnerinnen.

Die Bewerber werden ersucht, sich an die genannten Adressen zu wenden.

- - -

Fortsetzung des Sitzungsberichtes:Aus der Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Lauscher (KIS) bezeichnet es als verständlich, daß Stadtrat Bauer in seinem heutigen Referat das heiße Eisen "Preise" nur am Rande erwähnt hat, denn die Preisauftriebe und Preistreibereien haben gerade im heurigen Jahr ein Ausmaß angenommen, das von niemandem mehr weggeleugnet werden kann. An mehreren Beispielen zeigt der Redner auf, daß die Preise für manche Obst- und Gemüsesorten in diesem Jahr doppelt so hoch waren als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die sogenannte freie Marktwirtschaft, zu der Stadtrat Bauer heute wieder ein offenes Bekenntnis abgelegt hat, hat zu der empörenden Tatsache geführt, daß bei den Übernahmestellen der landwirtschaftlichen Gemüse- und Obstverwertungsgenossenschaften 80.000 Kilogramm bestes Frischgemüse verfault sind. Daneben haben wir die aufreizende Tatsache festzustellen, daß der Obst- und Gemüsezwischenhandel mit Spannen von 200 bis 300 Prozent operiert.

Wir müssen uns fragen, ob die Paritätische Kommission überhaupt Möglichkeiten hat, die Handelsspannen zu überprüfen und Überschreitungen auf ein normales Maß zurückzuführen. Wir würden uns aber mehr Preisdisziplin gerade auch von jenen Unternehmungen erwarten, deren Haupteigentümer die Gemeinde Wien ist. So haben die Wiener Fleischwerke in diesem Jahr von der Paritätischen Kommission den Auftrag erhalten, die Erhöhung der Preise für Fleischkonserven zurückzuführen; nur bei zwei Artikeln sind die Fleischwerke diesem Auftrag nachgekommen. Hier erhebt sich die weitere Frage, welche Möglichkeiten das Marktamt der Stadt Wien hat, zumindest den Beschlüssen der Paritätischen Kommission Geltung zu verschaffen.

Die Art der Überwachung der Preise und Warenqualitäten durch das Marktamt entspricht nicht den heutigen Erfordernissen. Das Marktamt hat viel zu wenig Beamte, um die geübten Praktiken abzustellen und durch häufige Überprüfungen tatsächlich preisregulierend wirken zu können. Zudem sind die Beamten des Marktamtes dadurch in der Ausübung ihres Dienstes gehemmt, daß ihnen nur in unzureichendem Ausmaß Dienstfahrzeuge zur Verfügung stehen.

Die Erledigung mancher Preisverhandlungen haben die beiden Regierungsparteien bis nach den Wahlen vertagt. Vor dem Wahltag hat man von Preisstabilität geredet, jetzt geht man bereits daran, die Preise für wichtige Volksnahrungsmittel, wie Brot, Milch und Zucker, zu erhöhen.

Just am heutigen Tag veröffentlicht die Presse die jüngsten Beschlüsse der Paritätischen Kommission, wonach 19 Käsesorten aus der Preisregelung herausgenommen und ab 1. Jänner nächsten Jahres um durchschnittlich sechs bis zehn Prozent verteuert werden sollen und ebenso der Apfelsaft per Liter um 80 Groschen teurer werden soll. Ich muß sagen: ein nettes Weihnachtsgeschenk der Paritätischen Kommission für unsere Bevölkerung!

Die beabsichtigten Preiserhöhungen bei Brot und Milch stehen offensichtlich mit der geplanten Assoziation mit der EWG und mit der Vorbereitung der österreichischen Landwirtschaft auf den sogenannten europäischen Markt in Zusammenhang, denn die EWG verlangt den Abbau der Preisstützungen, die bei uns für Brotgetreide 55 Groschen per Kilogramm und bei Milch 50 Groschen per Liter betragen, und die Beseitigung der Subventionierung. Großagrарische und großindustrielle Kreise stellen mit Absicht die keineswegs zutreffende Behauptung auf, daß eine Umverteilung des Sozialproduktes zugunsten der Arbeiterschaft erfolgt sei. Dabei zeigt sich immer wieder in Zeitungsinseraten, in welchem Ausmaß die österreichischen Kapitalisten in Geld schwimmen.

Mit dem Appell des Bürgermeisters auf Einhaltung der Preisdisziplin allein ist es nicht getan. Die neue Regierung müßte aus der Preisentwicklung der letzten Jahre die notwendigen Konsequenzen ziehen. Wir halten es für notwendig, daß der Bürgermeister im Namen des Wiener Gemeinderates und damit im Namen der arbeitenden Bevölkerung der Stadt von der Bundesregierung die Beschlußfassung und Durchführung ernster Maßnahmen fordert; das sind eine energische Politik gegen die Kartelle zum Schutze der Verbraucher, eine Änderung des Preisregulierungs- und Freistreibereigesetzes, um willkürliche Preiserhöhungen und Preisexzesse tatsächlich verhindern zu können, eine Preisregelung der Grundnahrungsmittel und ihre Befreiung von der Umsatzsteuer, die Rückführung überhöhter

Preise, eine Überprüfung der ungerechtfertigt hohen Handelsspannen und ähnliche geeignete Maßnahmen. Selbstverständlich müßte auch die Gemeindeverwaltung in ihrem eigenen Wirkungsbereich den ständigen Preisauftriebstendenzen entgegenwirken.

Da wir in der Führung der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten keine Gewähr für eine Politik sehen, die den Interessen der Verbraucher entspricht, könne die KLS-Fraktion den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X nicht zustimmen.

GR. Peter (FPÖ) antwortet seinem Vorredner, es sei richtig, daß es zu Preissteigerungen gekommen ist, die die ganze Bevölkerung geärgert und schockiert haben. Es sollen sich aber nicht ausgerechnet Vertreter der Kommunistischen Partei als jene aufspielen, die imstande sind, solche Preissteigerungen zu verhindern. Gegenüber den Ostblockländern haben wir zumindest den Vorteil, daß es bei uns keine Bezugsscheine und Rationierung mehr gibt und daß die Lebensmittelkarten schon längst der Vergangenheit angehören, was in den Ostblockländern leider nicht der Fall ist. (GR. Lauscher, KLS: Schon wieder die alte Walze!)

Auch im 10. Hauptstück ist der für 1963 vorgesehene Abgang um vier Millionen höher als im heurigen Jahr präliminiert. Auch in dieser Gruppe zeigt sich die Tendenz, daß die Ansätze von Jahr zu Jahr größer werden, ein Beweis für eine inflationistische Entwicklung. Wohin soll das führen, wenn langsam, aber stetig das Defizit der einzelnen Abteilungen steigt?

Die Verwaltung der Gärten hat viel geleistet. Leider werden aber viele der schönen Gartenanlagen durch Außenseiter, die es in jeder Gemeinschaft gibt, oft verunreinigt. Der Redner regt an, Pensionisten als Parkwächter zu verwenden. Auch im Wald- und Wiesengürtel müßte die Zahl der Flurhüter erhöht werden. In der ganzen Welt berühmt ist unser Prater. Leider ist er während der Sommermonate von den Benzindämpfen der Motorboote und Benzinautos verpestet. Im Zusammenwirken mit den Bundesstellen müßte man darauf dringen, diese Fahrzeuge mit Elektromotoren auszustatten. Wünschenswert wäre auch ein Fahrverbot mit Ausnahme bei Großveranstaltungen für die Hauptallee. Die Hauptallee mit ihren schönen Seitenwegen wurde zur Erholung der Wiener geschaffen und sollte auch dementsprechend erhalten werden.

Der Redner kommt sodann auf die Zahl der Gast- und Schankgewerbekonzessionen der Gemeinde Wien zu sprechen. Es könnte keinesfalls Aufgabe einer Stadtverwaltung sein, Gaststätten zu bauen und zu unterhalten. Mit derartigen Maßnahmen werde man kaum zur Bekämpfung des Alkoholismus beitragen.

Die Magistratsabteilung 58, der die Schädlingsbekämpfung obliegt, müßte während der Sommermonate entscheidend gegen die Gelsenplage auftreten. Es gibt heute Mittel und Wege um der Gelsen Herr zu werden. Leider hat man das bei uns aber bis jetzt verabsäumt.

Zum Marktwesen: Es zeigte sich auch heuer wieder, daß die Preise den Löhnen davonzuliefen. Grundsätzlich ist zu sagen, daß die Märkte große Verkehrserreger sind und man diese Tatsache bei einer Verlegung berücksichtigen müßte. Es sei fraglich, ob sich die Verlegung des Vorgartenmarktes günstig auswirkt, da die Existenz der Geschäftsleute dieses Gebietes dadurch gefährdet wird. Man sollte überhaupt überlegen, ob man in Hinkunft Märkte oder vielleicht nicht doch nur Geschäfte führen sollte.

GR. Peter verweist darauf, daß die Wiener Bevölkerung an einer Lösung des Naschmarktproblems größtes Interesse hat. Er beschäftigt sich dann mit der Verordnung über die Marktbindung und erinnert daran, daß seine Fraktion seinerzeit im Gemeinderat den ablehnenden Standpunkt der Fleischhauerinnung vertreten hat. Er bezeichnet es als merkwürdig, daß Vertreter des Wirtschaftsbundes gegen die Verordnung waren, im Gemeinderat aber die verlangte Aufhebung ablehnten.

Die Beamten des Veterinäramtes arbeiten gut und die Wiener dürfen daher zufrieden sein. Abschließend erklärt er, daß die FPÖ-Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Dipl.-Ing. Dr. Hengl (ÖVP) nimmt zunächst als Vertreter der Bauernschaft zu der von GR. Lauscher vorgebrachten Forderung nach einer Preisregelung für Lebensmittel Stellung. Er macht darauf aufmerksam, daß es eine solche Regelung bereits gibt, wie zum Beispiel bei Getreide. Seit Jahren haben wir auch ein Preisband für den Viehverkehr.

Eine große Sorge, insbesondere der Wiener Gärtner, ist die Vorliebe der Wiener Bevölkerung für ausländisches Obst und Gemüse. Der Redner meint, daß die Wiener Hausfrau etwas mehr patriotisch sein sollte. Es werden für ausländische Kartoffel bis zu 10 Schilling, für Gurken bis zu 40 Schilling je Kilogramm bezahlt. Wenn dann die inländische Ernte kommt, ist fast kein Interesse mehr vorhanden.

In seiner Eigenschaft als Präsident der Wiener Landwirtschaftskammer erstattet dann GR. Hengl einen Tätigkeitsbericht über die in den letzten fünf Jahren von dieser Körperschaft vollbrachten Leistungen. Im Gartenbau wurden durch Kredite 150.000 Quadratmeter Hochglasfläche in fast 400 Betrieben neu geschaffen. Durch Beihilfen konnten auch Heizanlagen, Beregnungsanlagen, Spezialmaschinen usw. angeschafft werden. In diesem Zusammenhang dankt er dem Finanzreferenten der Stadt Wien für sein Verständnis und seine tatkräftige Unterstützung.

Er beschäftigt sich dann mit den Wiener Märkten und gab im Namen der Wiener Landwirtschaft der Hoffnung Ausdruck, daß die Planungsarbeiten für den neuen Großmarkt bald in Angriff genommen werden. Von den 1.300 Gärtnereibetrieben, führt er weiter aus, wirtschaften zwei Drittel auf Pachtgrund. Als Pächter haben sie es schwer, denn sie können nicht investieren, solange sie nicht Klarheit darüber haben, was mit ihren Pachtgründen geschehen wird. Er setzt sich daher für langfristige Pachtverträge sowie für die Schaffung von Schutzgebieten für Gärtnereibetriebe ein.

Die Tätigkeit des Veterinäramtes hebt der Redner besonders lobend hervor. Man müsse diesem Amt dankbar sein, weil es gelungen ist, das Auftreten größerer Seuchen zu vermeiden.

In der Frage des Schlosses Cobenzl hofft er, daß man möglichst bald zu einer Lösung kommen wird. Das Bellevue-Restaurant sei jedoch seiner Ansicht nach keine Notwendigkeit gewesen.

Abschließend stellt GR. Dr. Hengl fest, daß die Zusammenarbeit in der Geschäftsgruppe X reibungslos war und sachliche Arbeit geleistet wurde. Die ÖVP-Fraktion stimme den Ansätzen zu. (Beifall)

GR. Mann (SPÖ) vergleicht die Tätigkeit in dieser Verwaltungsgruppe mit der Arbeit der Hausfrau, die dafür zu sorgen hat, daß in der Familie für die Bedürfnisse des täglichen Lebens alles

vorhanden ist.

Eingehend beschäftigt sich der Redner mit der Tätigkeit des Marktamtes. Bei einer Untersuchung konnte festgestellt werden, daß bedauerlicherweise in vielen Betrieben die ortsüblichen Handelsspannen überschritten werden. So wurden im Großhandel 229 Betriebe untersucht, von denen 60 Prozent die Handelsspannen überschritten haben. Im Kleinhandel waren es von 3122 Betrieben 30 Prozent.

Der Redner unterstreicht den Appell des Referenten, österreichische Waren zu kaufen, fügt aber hinzu, "Kauft österreichische Waren, aber nicht um jeden Preis!"

Die lebensmittelpolizeiliche Tätigkeit des Marktamtes bewahrt uns vor Lebensmittelverfälschungen, wie sie vor kurzem in einem südlichen Nachbarland festgestellt werden mußten. Besonders wichtig sei auch die Kontrolle von Milch, Brot und Wurst. Manche Wurst - so drückt es der Redner drastisch aus - müßte man wegen ihres hohen Wassergehaltes fast schon in der Flasche verkaufen. In diesem Zusammenhang fragt der Redner den Stadtrat, wie hoch eigentlich die Strafen seien, die verhängt werden.

Zum Christkindlmarkt bemerkt der Redner, man sei sich darüber einig, daß dieser jahrhundertalte Markt aus Wien nicht wegzudenken ist. Nun wird er endlich nach vielen Wanderjahren einen ständigen Standort bekommen, und zwar auf dem Platz vor dem Wiener Rathaus. Der Redner bedauert jedoch, daß auf dem Christkindlmarkt, wie er sich selbst überzeugt hat, Kriegsspielzeug verkauft wird. Nach der neuen Marktordnung sei jedoch der Verkauf von Kriegsspielzeug auf Märkten untersagt.

Schließlich kommt GR. Mann auf das Projekt der Errichtung eines neuen Zentralgroßmarktes zu sprechen. Der neue Markt werde immer wieder gefordert, aber bisher sei nichts geschehen. Es müsse aber endlich einmal mit der Verwirklichung des Projektes begonnen werden.

GR. Mann beschäftigt sich sodann eingehend mit der geplanten Schaffung eines Detailmarktes in der Raxstraße in Favoriten und führt an, daß im Einzugsgebiet dieses Marktes, in dem sich vor nicht allzu langer Zeit noch "die Füchse gute Nacht sagten", seit 1945 allein die Gemeinde Wien 2.500 moderne Wohnungen errichtet

hat, weitere 400 Wohnungen wurden dort von Genossenschaften gebaut, weitere 500 Wohnungen sind bereits in Planung. Rechnet man die Siedlung Wienerfeld-West mit 1.400 Wohnungen dazu, dann kommt man zu der Feststellung, daß in diesem Einzugsgebiet rund ein Drittel der Favoritner Bevölkerung zu Hause ist. Die zuständigen Stellen mögen daher trachten, den Weg von der Planung bis zur Vollendung dieses Marktes nach Möglichkeit abzukürzen.

Abschließend dankt der Redner für die gute Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß X, bei der es nie Differenzen gegeben hat. Im Interesse der Wiener Bevölkerung soll diese gute Zusammenarbeit auch weiterhin erhalten bleiben.

Die sozialistische Fraktion wird den Ansätzen der Verwaltungsgruppe X für das Jahr 1963 ihre Zustimmung geben. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

GR. Dr. Ebert (ÖVP) betont, diese Verwaltungsgruppe trete nach außen hin nicht so stark in Erscheinung, habe aber in weitestem Umfang Aufträge an das Gewerbe und Handelsbetriebe zu vergeben. Ihr obliegt es, die Voraussetzungen für eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zu schaffen.

Wie der Redner hervorhebt, wird dem notleidenden heimischen Kohlenbergbau, der durch die Steuermittel jedes Österreicherers unterstützt werden muß, durch die Gemeinde Wiengehofen, Absatz für die Kohle zu finden und die prekäre Lage etwas zu verbessern.

Besonders erfreulich ist es, daß die Einrichtung der einzelnen Geschäftsabteilungen modernisiert werden wird. Die Beamten haben es sich verdient, daß wir ihnen moderne Geräte, moderne Schreibtische und zweckmäßige Einrichtungsgegenstände zur Verfügung stellen.

Hoffentlich wird das neue Tierschutzgesetz dem Treiben jener Menschen einen Riegel vorschieben, die wußten, daß sie nur ein Lappalie bezahlen müssen, wenn sie ihre Tiere quälen.

Wir können es nur als einen Schlag ins Gesicht des Wiener Fremdenverkehrs bezeichnen, daß die Verhandlungen über das künftige Schicksal des Schlosses Cobenzl noch immer zu keinem Ergebnis geführt haben.

Es ist vollkommen richtig, wenn hier gefordert wurde: Kauft österreichische Waren, aber nicht zu jedem Preis! Die Bevölke-

rung Wiens sollte endlich erkennen, daß nicht immer das Teure das Bessere ist.

Die neue Marktordnung stellt eine Kompromißlösung dar, manche Fragen sind offengeblieben, manche Probleme konnten nicht zur vollen Befriedigung aller gelöst werden. Insbesondere weist die für die Markthelfer getroffene Lösung einige Schönheitsfehler auf.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, daß die Situation am Naschmarkt unhaltbar geworden ist. In diesem Gebiet ist es zu einer völligen Lahmlegung des gesamten Verkehrs gekommen, wobei sich die Stockungen bis zur Gumpendorfer Straße und Schönbrunner Straße erstrecken.

So erfreulich es ist, daß die Gemeinde Wien darangeht, moderne Märkte zu errichten, müssen wir doch die Planung als diletantisch bezeichnen, wenn man, nur um einzelne Bäume zu erhalten, die Hallen um diese Bäume herum errichtet, denn es ist gar nicht sicher, ob auf diese Weise Baumbestand erhalten werden kann.

An Stadtrat Bauer richtet GR. Dr. Ebert die konkrete Frage: Sind die Betriebe, die immer als leuchtendes Beispiel für Preiskorrekturen angeführt werden - Konsumverein, Fleischwerke usw. - in der Lage, diese Funktion zu erfüllen und stehen sie bei den vorgenommenen Prüfungen wirklich makellos da?

Hinsichtlich der Qualität der Waren, die auf den Markt kommen, gibt Wien ein leuchtendes Vorbild. Dies ist nur dadurch möglich, daß diese Verwaltungsgruppe wirklich gute Arbeit leistet. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

GR. Ascherl (SPÖ) führt aus: Die im Jahrbuch der Stadt Wien veröffentlichten imposanten Zahlen - so gibt es in unserer Stadt fast 700.000 Haushalte, die mit Lebensmitteln versorgt werden müssen - lassen ahnen, wie groß die Leistungen jener Menschen sind, die die Versorgung der Stadt zu organisieren und durchzuführen haben. Die im Jahrbuch enthaltenen Tabellen zeigen auch, welche Aufgaben die Stadtverwaltung zu erfüllen hat, um im rechten Augenblick im richtigen Ausmaß hygienisch einwandfrei und nicht zuletzt vor allem auch preisgünstig und reell kalkulierte Waren an die Verbraucher gelangen zu lassen.

Zu den vordringlichsten Aufgaben, die die Gemeinde Wien zu bewältigen hat, zählt nicht nur der Wohnbau, der Bau von Schulen, Spitälern und Häusern, sondern auch die Errichtung und der Umbau von Märkten.

Jeder Kenner der Situation wird bestätigen müssen, daß beim Umbau des Marktes in der Vorgartenstraße gründlich Wandel geschaffen wurde. Aus einer ~~Bu~~ ~~straße~~ ist ein moderner Markt geworden. Die Lieferstraßen sind so angeordnet, daß es zu keiner Verkehrsbehinderung mehr kommt. Rein architektonisch fügt sich der Markt gut in die neuen Wohnblöcke ein.

Der Vorgartenmarkt wird häufig auch vom Schiffpersonal der bei der Reichsbrücke anlegenden Schiffe besucht und ist dann eine gute Visitenkarte für unsere Stadt. Erfreulich sei, daß man den Hannovermarkt im 20. Bezirk in ähnlicher Form umbauen will. Die Vorarbeiten sind bereits im Gange. Erschwert wird der Bau durch den Umstand, daß man auch während der Zeit des Umbaus den Marktbetrieb weiterführen muß. Für unsere Stadt ist aber nicht nur die Errichtung und Verbesserung der Märkte notwendig, sondern auch die Schaffung vollkommen neuer Geschäftszentren besonders in den Randbezirken. Wichtig wäre die Schaffung eines neuen Marktes im 21. Bezirk, der ein ausgesprochenes Entwicklungsgebiet ist und sich immer mehr ausdehnt. Ein derartiger Markt müßte möglichst bald am Obargfellplatz errichtet werden. Der Redner ersucht, die Vorarbeiten hierfür beschleunigt durchzuführen. Gemeinderat Jodlbauer habe bereits auch auf die Notwendigkeit der Schaffung von Einkaufszentren verwiesen, bei denen nicht immer die Gemeinde Wien als Bauherr auftreten müßte. Das Hietzinger Einkaufszentrum zum Beispiel wird von der Tochtergesellschaft der Zentralsparkasse, der sogenannten "Ekazent", errichtet. Es erhält Fußgängerpassagen und kleine Grünflächen mit altem Baumbestand.

Die Magistratsabteilung 54 - Beschaffungssamt - hat gute Arbeit geleistet und sich immer wieder bemüht, Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen. Besonders gut hat sich die Einführung einer Dispositionskartei bewährt, die einen guten Überblick gibt und dazu beiträgt, daß nicht mehr so viele Waren auf Lager gelegt werden müssen wie früher.

Hätte der Lagerbestand während der Jahre 1957 und 1958 einen Wert von rund 14,5 Millionen Schilling jährlich, so wird er laut Voranschlag für 1963 nur mehr rund 10 Millionen Schilling ausmachen. Durch die geringere Zahl von Lagervorräten wird auch Platz gespart und vermieden, daß die Bestände unmodern werden.

Erfolgreich war auch die Arbeit der Städtischen Bäckerei, die trotz Personalverminderung und Arbeitszeitverkürzung ihre Produktivität um 19 Prozent steigern konnte. Die veranschlagten höheren Ausgaben für die Bäckerei sind für notwendige Investitionen.

Die vom Beschaffungssamt für das Zentrallager angekauften Textilien sind von guter Qualität, ebenso die Kleidungsstücke für die Pflegekinder der Gemeinde Wien. Bei ihrem Ankauf vermeidet man bewußt eine Uniformierung.

Die Magistratsabteilung 54 hat auch eine große Zahl von Einrichtungsgegenständen, besonders für Kindergärten und Schulen gekauft, die zweckvoll und formschön sind. Die Bevölkerung sollte sich einmal die Mühe nehmen und unsere Schulen und Kindergärten besichtigen.

Das Beschaffungssamt hatte sich aber nicht nur mit Ankäufen, sondern auch mit Verkäufen zu beschäftigen. Unbegreiflich sei die Kritik in einer Zeitung, ob Gemeinderäte nichts Besseres zu tun hätten, als sich mit dem Verkauf von alten Pflastersteinen zu beschäftigen. Der Redner stellt fest, daß im Gemeinderatsausschuß X nur jene Verkäufe behandelt werden, die über 1000 Schilling hinausgehen. Die Aufgaben des Magistrates sind sehr klar und deutlich in der Verfassung der Bundeshauptstadt festgelegt und in ihr heißt es, die Aufgabe des Magistrates ist es, die Veräußerung von beweglichem Gemeindevermögen im Werte von höchstens 1000 Schilling durchzuführen. Das heißt also, daß sich mit Verkäufen, die über 1000 Schilling hinausgehen, der zuständige Gemeinderatsausschuß beschäftigen muß. Vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres wurden durch derartige Verkäufe rund 2,5 Millionen Schilling eingenommen. Das ist ein Betrag, der die Kosten für die Fluor-tabletten- und Kinderlähmungsaktion deckt.

Abschließend stellt der Redner fest, daß die große Einkaufstätigkeit der Gemeinde Wien sich auf die Wirtschaft unserer Stadt und darüber hinaus auf die Wirtschaft des gesamten Landes deutlich auswirkt und daß diese Einkaufstätigkeit dazu beiträgt, die für uns alle so wichtige Vollbeschäftigung zu erhalten.

Stadtrat Bauer stellt in seinem Schlußwort fest, daß das Marktamt der Stadt Wien laufend Veröffentlichungen herausgibt, die wertvolle Hinweise auf die Gegebenheiten auf dem Lebensmittelsektor geben. Es haben daher auch alle Gemeinderäte die Möglichkeit sich Klarheit darüber zu beschaffen, wie es um die Preise bestellt ist.

GR. Lauscher hat auch davon gesprochen, daß bei Obst- und Gemüse Preisaufschläge von 200 bis 300 Prozent vorkommen, andererseits aber Gemüse vielfach verdirbt und auf den Komposthaufen kommt. An derartigen Vorkommnissen sind leider die Hausfrauen nicht ganz unschuldig, da sie das Gemüse und Obst ganz zeitig im Frühjahr zu höchsten Preisen kaufen, wenn dann aber der Preis durch das steigende Angebot fällt, oftmals Gemüse verdirbt, weil es nicht gekauft wird.

Es wurde bedauert, daß es noch immer Preisstützungen gibt. Der Referent versicherte, er verstehe auch nicht, daß man in einer Zeit der Vollbeschäftigung, zum Beispiel den Milchpreis mit einer Milliarde stützt. Diese Milliarde wäre wohl zweckmäßiger zu verwenden. Leider können wir jedoch hier keinen Einfluß nehmen.

Als der Referent die Vorwürfe des FPÖ-Redners wegen der Bäckerei zurückweist, ruft GR. Jodlbauer (SPÖ) dazwischen: Es wäre gut, wenn er (GR. Peter) öfter in den Ausschuß käme! Das ist leider der Jammer, fährt Stadtrat Bauer fort, daß oft gesprochen wird, wie der Blinde von der Farbe.

Ob es Aufgabe der Gemeinde sei, Gasthäuser zu führen? Das ist eine historische Entwicklung, die auf die Eingemeindung der Vororte zurückgeht. Bei dieser Gelegenheit wurden alle die Gemeindegasthäuser übernommen.

Zu kleine Stände auf dem Vorgartenmarkt: Dies ist im Einvernehmen mit den Marktparteien geschehen.

Zur Marktbindung sagt Stadtrat Bauer, ob man mit einem Gesetz einverstanden ist oder nicht, habe man die Gesetze zu respektieren und nach diesen Gesetzen zu verwalten. In der Debatte wurden die Fleischhauer als Gegner der Marktbindung angeführt. Aber der Handel ist für die Marktbindung. Wenn gefragt wurde, was dabei herausgekommen ist: hätten wir die Marktbindung nicht gehabt, wäre es nicht möglich gewesen, derart große Schweineimporte in die Wege zu leiten. Im Jahre 1962 wurden vom 1. Oktober bis 15. Dezember 80.000 inländische, aber 67.500 ausländische Schweine auf den Markt gebracht. Hätten wir nicht die Möglichkeit gehabt, rechtzeitig Importanträge zu stellen, dann wären die Hausfrauen nicht sehr erfreut gewesen.

Was den Christkindlmarkt betrifft, so wird er auf dem Rathausplatz wahrscheinlich nicht in derselben Form wie bisher gestaltet werden. Der Christkindlmarkt soll wieder so werden, wie er einmal Am Hof war, natürlich auch ohne Kriegsspielzeug.

Die Schaffung des Großmarktes, betont Stadtrat Bauer, habe er jahrelang verlangt, aber nie Geld auch nur für Vorarbeiten zur Planung bekommen. Erst im Vorjahr wurden Mittel dafür bereitgestellt. Die Schwierigkeiten eines so großen Marktes liegen nicht nur am Geld, sondern auch in der Frage der Fläche. Wenn es daher gelingen wird, in St. Marx den Großmarkt unterzubringen, so können wir hier ein Versorgungszentrum für die Großstadt Wien schaffen, das sich sehen lassen kann.

Was die Markthelfer betrifft, sei er bereit, wenn notwendig mit brutaler Gewalt einzugreifen. Er sei jedoch überzeugt, daß man mit ebenso großer Gewalt dann mit Interventionen kommen wird, um ihn davon abzuhalten.

Preisüberwachung: er fühle sich nicht dazu berufen, Namen von Betrieben bekanntzugeben. Er dürfe aber sagen, wir machen vor niemandem halt, denn wer gegen das Gesetz verstößt, muß das auch selbst verantworten.

Abschließend teilt der Berichterstatter mit, daß die Besprechungen über die Schaffung neuer Marktanlagen im 10. und 21. Bezirk bereits seit längerer Zeit geführt werden.

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Geschäftsgruppe X ohne die Stimmen der KLS angenommen.

Die Beratungen werden morgen Donnerstag, den 20. Dezember, um 9 Uhr, mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fortgesetzt. Referent: Stadtrat Sigmund (SPÖ).

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Jänner
=====

19. Dezember (RK) Im Jänner 1963 sind nachstehende Abgaben fällig:

- 10. Jänner: Ankündigungsabgabe für Dezember,
Getränkesteuer für Dezember,
Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
zweite Hälfte Dezember.
- 14. Jänner: Anzeigenabgabe für Dezember,
Ortstaxe für Dezember.
- 15. Jänner: Lohnsummensteuer für Dezember.
- 25. Jänner: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die
erste Hälfte Jänner.

- - -

Der 20.000. Hodler-Besucher wird erwartet
=====

19. Dezember (RK) Morgen mittag wird der 20.000. Besucher der Ferdinand Hodler-Ausstellung erwartet. Vizebürgermeister Mandl wird den Jubiläumsgast im Vorraum der Secession begrüßen und ihm ein Erinnerungsgeschenk überreichen.

- - -

Die Stadt Wien ehrt zwei Wissenschaftler
=====

Bgm. Jonas überreichte die Ehrenmedaille in Gold an Dr. Endres und Prof. Dr. Knaus

19. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas überreichte heute mittag im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold an Oberstudienrat Dr. Robert Endres und an Univ.-Prof. Dr. Hermann Hubert Knaus. Mit dieser Auszeichnung würdigt die Stadt Wien die hervorragenden Verdienste der beiden Wissenschaftler. Die Ehrenmedaille wurde ihnen vom Wiener Gemeinderat anlässlich der Vollendung ihres 70. Lebensjahres verliehen. An der heutigen feierlichen Überreichung nahmen mit Bürgermeister Jonas, Landtagspräsident Marek, Vizebürgermeister Mandl, die Stadträte Dr. Glück, Heller, Maria Jacobi, Koci, Riemer und Schwaiger sowie Magistratsdirektor Dr. Ertl und Stadtschulratspräsident NR. Dr. Neugebauer teil. Unter den Ehrengästen befanden sich zahlreiche Vertreter der Wissenschaft sowie die Wiener Ärztoprominenz und viele persönliche Freunde der beiden Gelehrten.

Vizebürgermeister Mandl stellte der Festversammlung die beiden Persönlichkeiten vor und würdigte ihre Verdienste. Der Historiker Dr. Endres ist schon frühzeitig mit seinen Arbeiten hervorgetreten, die durch Originalität und durch eine genaue Kenntnis der Wirtschaftsgeschichte sowie ihres Zahlenmaterials gekennzeichnet sind. Bereits in jungen Jahren war er in einem Kreis sozialistischer Wissenschaftler mit dem historischen Materialismus bekannt geworden und ist dieser von Marx-Engels begründeten Geschichtsauffassung sein Leben lang treu geblieben. Seine ersten Arbeiten waren zugleich das Konzept für sein Hauptwerk, die fünfbandige "Geschichte Europas und des Orients". Dieses Werk ist als Ein-Mann-Arbeit eine große Leistung. Weitere seiner Schriften, die große Verbreitung erlangten, sind: "Republikanische Staatsbürgerkunde", "Staat und Gesellschaft", und "Das Werk unserer Gesellschaft". Seine letzte größere Arbeit hat den Titel "Unvergängliches Österreich". Dr. Robert Endres ist auch in der Volksbildung eifrig tätig.

Univ.-Prof. Dr. Knaus studierte in Graz und Innsbruck Medizin und ging 1924 auf Grund eines Rockefeller-Stipendiums an das

Fortpflanzungs-Physiologische Institut in Cambridge, wo er sein Spezialgebiet fand. Durch Tierversuche gelang es ihm, die einzelnen Stadien der Gravidität zu erkennen. Nach seiner Rückkehr machte er als Dozent in Graz die erste entscheidende Entdeckung und errechnete zunächst an Kaninchen bis auf die Stunde genau, wann der Eisprung auftritt. Bis zur Aufstellung der nach ihm benannten weltberühmt gewordenen Regel verging noch geraume Zeit. 1930 war Knaus Professor geworden. Die nächsten Jahre verbrachte er in Paris, Berlin und schließlich als Ordinarius für Frauenheilkunde an der deutschen Universität in Prag. Dort konnte er seine Lehre von den fruchtbaren und unfruchtbaren Tagen der Frau aufstellen und sie gegen alle Widerstände durchsetzen. 1945 ging er nach Wien, wo er die Stelle eines Leiters der Gynäkologischen Abteilung des Lainzer Krankenhauses übernahm. Die wissenschaftliche Tätigkeit des Forschers umfaßt mehr als 160 Abhandlungen. Professor Knaus ist Mitherausgeber des Archives für Gynäkologie, der Zeitschriften für Strahlentherapie, Geburtshilfe und Frauenheilkunde sowie Mitglied des Royal Society of Medicine in London und zahlreicher anderer Vereinigungen.

Bürgermeister Jonas hielt bei der Verleihung der Ehrenmedaille eine Ansprache, in der er ausführte: "Der Wissenschaft zu dienen, ist eine ideale Beschäftigung. Man kann kaum eine schönere Lebensaufgabe finden. Die Bestimmung in sich zu fühlen und bestätigt zu sehen, die menschliche Erkenntnis auf den verschiedenen Wissensgebieten zu vertiefen, dem Fortschritt einen Weg zu bahnen, gehört wohl zu dem Beglückendsten, was einer schöpferischen Persönlichkeit zuteil werden kann. Zu allen Zeiten haben Gelehrte und Forscher ihre ganze Kraft aufgeboten, dieses Ziel zu erreichen.

Die Stadt Wien ist stolz darauf, bis heute der Ort geblieben zu sein, an dem Männer und Frauen im Dienste der Wissenschaft vorbildlich wirken. Sie arbeiten um der Sache, nicht um des äußeren Erfolges und des persönlichen Vorteils willen. In diesem Geist entstanden einst jene berühmten Wiener Schulen, die der Welt so viel gegeben haben und deren Wirkung noch immer andauert.

Unsere beiden Ehrengäste gehören seit langem zu den hervorragendsten Vertretern ihres Standes. Der Historiker Endres hat sich ein Leben lang als Lehrer und Wissenschaftler außerordentlich bewährt. Pädagogen wie ihm, die zugleich als Gelehrte hoch geschätzt sind - aus den Reihen unserer Mittelschullehrer sind viele Wissenschaftler hervorgegangen und haben internationalen Ruf erlangt - verdankt das österreichische Schulwesen sein hohes Niveau. Endres faßt die Geschichte als lebendigen Prozess auf, der sich, allen Rückschlägen zum Trotz, in aufsteigender Linie fortentwickelt. Die Aufzählung von Namen und Jahreszahlen, die Schilderung eines sich rein zeitfolgemäßig vollziehenden Ablaufes von Begebenheiten, die Verherrlichung von Dynastien und bevorrechteten Familien gelten ihm nur wenig. Geschichte ist ihm weit mehr. Sie ist in seiner Sicht die Manifestation der bewegenden, gestaltenden, aufbauenden Kräfte wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und geistiger Natur, von denen selbst so einmalige Individualitäten, wie Alexander der Große und Caesar abhängig sind. So wird ihm Geschichte zur Lehrmeisterin des Lebens, dessen Gegenwart und Zukunft von der Vergangenheit nicht isoliert werden kann. Robert Endres war während seiner langen Dienstzeit das Vorbild eines Lehrers, der die Jugend an der Fülle seines Wissens teilhaben ließ und sie immer aufs neue reich beschenkt hat. Er ist aber auch ein Geschichtsforscher von Format, dessen Arbeit nach Umfang, Inhalt und Tiefgang Bewunderung verdient. Hiefür wird ihm heute ein sichtbares Zeichen unserer Dankbarkeit und Anerkennung zuteil werden.

Seit fast 200 Jahren ist Wien eine Stätte Medizinischer Schulen, die Weltgeltung erlangt haben. Der Ruf unserer Stadt, ein Zentrum der Heilkunst, ein Mekka der Kranken zu sein, knüpft sich an die Namen großer Ärzte, die bei uns gelebt und gearbeitet haben. Einen von ihnen heißen wir heute in unserer Mitte herzlich willkommen. Prof. Knaus ist etwas gelungen, was nur wenigen beschieden wird. Es gehört wohl zum Schwersten, ein Naturgesetz zu entdecken, und was vielleicht noch schwerer ist, die neue Erkenntnis in der Fachwelt durchzusetzen. Knaus hat einen gesetzmäßigen Vorgang, der sich tief im Inneren des menschlichen Körpers vollzieht, erfaßt und in seinem Ablauf genau verfolgt.

Man kann sich kaum etwas Erregenderes vorstellen als ein Forscherleben, das fern vom Lärm des Alltags einem Welträtsel nachsinnt und ihm auf die Spur kommt.

Die Vollendung des 70. Lebensjahres ist ein Zeitpunkt, an dem die Ernte eines Lebens sichtbar vorliegt, gemessen und gewogen werden kann. Professor Knaus kann diesen Tag mit Freude und tiefer innerer Beglückung erleben. Er kann mit dem Ergebnis seiner Lebensarbeit zufrieden sein, da er Bleibendes geleistet hat. Sein Schaffen bedeutet ihm keine bittere Enttäuschung, ihm war kein österreichisches Gelehrtschicksal beschieden. Er gehört nicht zu jenen, die dauernd verkannt wurden, sondern darf sich glücklich schätzen, schon zu Lebzeiten Lob und Anerkennung gefunden zu haben.

Die Stadt Wien macht es sich zur Ehre, Professor Knaus mit der Verleihung der Ehrenmedaille sichtbar zum Ausdruck zu bringen, daß wir alle uns mit ihm an seinen Erfolgen freuen und auf ihn stolz sind.

Als Bürgermeister von Wien überreiche ich den beiden hervorragenden Repräsentanten der österreichischen Wissenschaft die ihnen vom Wiener Gemeinderat verliehene Auszeichnung und bitte sie, unserer dauernden dankbaren Wertschätzung gewiß zu sein!"

Prof. Knaus dankte dann im eigenen Namen und im Namen von Dr. Endres der Stadt Wien für die ihnen zuteil gewordene Ehrung. "Ich würde mich sehr freuen", sagte Prof. Knaus, "wenn mein wissenschaftliches Werk jetzt auch in die Praxis übertragen werden würde, nämlich, wenn viele junge Menschen davon erfahren und sich ihr Leben danach einrichten".

- - -

Am Freitag:

Bürgermeister Jonas übergibt neuen Wallensteinplatz dem Verkehr
=====

19. Dezember (RK) Die Gemeinde Wien hat jetzt den Wallensteinplatz und die Jägerstraße umgebaut. Die Arbeiten sind soweit fortgeschritten, daß Bürgermeister Jonas im Beisein von Baustadtrat Heller am Freitag, dem 21. Dezember, um 10.30 Uhr, die Jägerstraße von der Heitzelmannngasse bis zur Pappenheimgasse dem Verkehr übergeben wird. Das neue Straßenstück ist 600 Meter lang. Auf diesem für die Verbindung zwischen der Innenstadt und Floridsdorf so wichtigen Straßenzug wurde das alte holprige Pflaster beseitigt und durch neues asphaltvergossenes Großsteinpflaster auf Betonunterlage ersetzt. Auf dem Wallensteinplatz wurde eine neue Haltestelleninsel geschaffen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, zu der Eröffnung der neuen Verkehrsflächen Jägerstraße-Wallensteinplatz durch Bürgermeister Jonas am Freitag, dem 21. Dezember, um 10.30 Uhr einen Vertreter Ihrer Redaktion zu entsenden. Treffpunkt: die neue Haltestelleninsel auf dem Wallensteinplatz. Zufahrt Straßenbahnlinien 31 und 5.

+ + +

Da die Straßenbauarbeiten am Inneren Währinger Gürtel zwischen Sporkenbühelgasse und Nußdorfer Straße beendet sind, wird auch diese Verkehrsfläche am Freitag für den Verkehr freigegeben, ebenso die Döblinger Hauptstraße von der Billrothstraße bis Hardtgasse in beiden Fahrtrichtungen.

- - -

Anton Strohmayr zum Gedenken

=====

19. Dezember (RK) Auf den 21. Dezember fällt der 25. Todestag des Mitbegründers des Schrammel-Quartetts Anton Strohmayr.

Er entstammte einer alten Wiener Musikerfamilie und wurde am 26. Jänner 1848 in Liechtenthal geboren. Schon als Knabe mußte er mit seinem Vater in den Wirtshäusern aufspielen, wobei er sich auf der Geige und Klarinette große Fertigkeiten aneignete. Sein Hauptinstrument wurde aber die Gitarre, auf der er es zu hoher Meisterschaft brachte. Schon 1862 musizierte Strohmayr mit den Brüdern Schrammel in Währinger und Hernalser Lokalen, dann folgten andere Engagements. 1879 kam es zur endgültigen Wiedervereinigung. Ein Jahr später wurde das Terzett durch das Hinzutreten Georg Dänzers zum Quartett erweitert. Dieses eroberte sich alle Herzen im Sturm, machte die bodenständige Volksmusik salon-, ja sogar hoffähig und trug deren Ruhm auf zahlreichen Reisen durch Europa. Als zu Beginn der Neunzigerjahre auf der Chicagoer Weltausstellung ein Wiener Pavillon eingerichtet wurde, wurden neben der Deutschmeister-Regimentsmusik unter C.M. Ziehrer auch die Schrammeln als die repräsentativsten Vertreter der beschwingten österreichischen Muse verpflichtet. Der Gesundheitszustand der Brüder gestattete aber die Fahrt nicht mehr, und so mußte eine neue Besetzung gesucht werden. Mit zwei anderen Geigern, dem Kunstpfeifer "Baron Jean" und der "Kiesel-Marie" wurde auch Strohmayrs Sohn Willy, der die Ziehharmonika virtuos beherrschte und den kränkenden Dänzer vertreten mußte, mitgenommen. In dieser Zusammensetzung errang das Quartett in Amerika ungeheure Erfolge. Jene Besetzung der Original-Schrammeln, wie sie in dem Liede "Zwa Fiedeln, a Klampfen, a Maurerklavier" unsterblich wurde, datiert eigentlich erst seit jenen Tagen. Die vier Amerikaheimkehrer blieben auch in Wien beisammen, bis sich Anton Strohmayr 1902 ins Privatleben zurückzog und in Dornbach einen langen, ruhigen Lebensabend verbrachte. Er starb kurz vor Vollendung des 90. Lebensjahres und hatte noch die Freude, in dem Schrammelbrunnen auf dem Elterleinplatz sein eigenes Denkmal sehen zu können.

Soforthilfe für das Raimundtheater
=====

19. Dezember (RK) Bekanntlich wurde das Raimundtheater durch die Vernichtung seines Kulissendepots schwer geschädigt. Vizebürgermeister Mandl hat daher heute bei Bürgermeister Jonas beantragt, dem Raimundtheater eine Soforthilfe von 100.000 Schilling zur Verfügung zu stellen. Der Bürgermeister gab diesem Antrag im Einvernehmen mit dem Finanzreferenten Vizebürgermeister Slavik statt.

- - -

Marktbindung verlängert
=====

19. Dezember (RK) Im Landesgesetzblatt für Wien, das heute herausgegeben wurde, ist eine Verordnung des Landeshauptmannes enthalten, mit der die Geltungsdauer der Marktbindung verlängert wird. Die Marktbindung soll nach dieser Verordnung bis 31. März dauern.

Das Landesgesetzblatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 7, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, erhältlich.

- - -